

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpt., bei Lieferung frei Haus 50 Rpt. Postbezug monatlich 2.30 R.M. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Vertriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinsichtlich Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. B. Förster's Erben. Verantwortlich für Dertliches u. Sächsisches, Unterhaltungssteil, Sport u. Anzeigensteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. V. II.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 67

Donnerstag, den 19. März 1936

88. Jahrgang

In Erwartung der Deutschen

Sitzung des Völkerbundsrates

Der Völkerbundsrat trat am Mittwoch um 16 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Ausprache über den französisch-belgischen Entschließungsantrag zum Locarno-Vertrag fortzusetzen. Als erster sprach Außenminister Eden.

Der Rat hatte zuvor in nichtöffentlicher Sitzung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Abordnung erst von Donnerstag an an den Arbeiten teilnehmen könne.

Außerdem wurde beschlossen, eine Sitzung des Dreizehner-Ausschusses, das heißt des Völkerbundsrates ohne Italien, zur Prüfung der italienischen und abessinischen Antwort auf den Anfang des Monats ergangenen Friedensappell am Donnerstagnachmittag abzuhalten.

Außenminister Eden

Führte in seiner Rede in der öffentlichen Sitzung folgendes aus: Der Rat wurde aufgefordert, seine Pflicht nach Artikel 4 Absatz 2 des Locarno-Vertrages zu erfüllen, nämlich sich davon zu überzeugen, ob ein Bruch des Artikels 43 des Verfallener Vertrages begangen ist oder begangen wird. Der Fall ist uns durch die Vertreter Frankreichs und Belgiens in Reden unterbreitet worden, die auf die Mitglieder des Rates tiefen Eindruck gemacht haben. Ich habe bereits vor dem Rat erklärt, daß nach Auffassung der britischen Regierung ein offensichtlicher und unbestreitbarer Bruch der Bestimmungen des Verfallener Vertrages über die entmilitarisierte Zone begangen worden ist. Es war daher das Recht des Rates, zu dem gleichen Schluß zu gelangen und diese Feststellung den Unterzeichnern des Locarno-Vertrages zu unterbreiten.

Nach Auffassung meiner Regierung ist dies jedoch bei weitem nicht die einzige Aufgabe, die der Rat im vorliegenden Fall zu erfüllen hat. Unsere Pflicht ist es, nicht nur zu erklären, daß ein Bruch begangen worden ist, wir müssen uns stets unser letztes Ziel und unsere höchste Verantwortlichkeit vor Augen halten, die darin besteht, den Frieden zu bewahren und ein gutes Einverständnis unter den Völkern Europas auf einer festen und dauernden Grundlage aufzubauen.

Man muß beachten, daß der Bruch des Locarno-Vertrages, so klar er auch ist, nicht eine unmittelbare Bedrohung mit Feindseligkeiten in sich trägt. Es ist Zeit vorhanden, um mit Klugheit wie auch mit Entschlossenheit die Lage zu prüfen. So ernst auch die Lage ist, so ist sie doch von der Gelegenheit begleitet, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, und dieses Ziel muß ein wichtiger Gesichtspunkt für die Schritte selbst sein, die zur Erreichung des Zieles unternommen werden.

Danach machte Eden die wichtige Feststellung, daß der Bruch des Vertrages durch Deutschland keine Aktion gewesen sei, die die sofortige Anwendung der im Locarno-Vertrag vorgesehenen Maßnahmen notwendig mache.

Der italienische Botschafter in London, Grandi, gab hierauf eine Erklärung ab, in der er von dem Ernst der Lage sprach. Italien sei sich seiner Verantwortlichkeit auf Grund des Locarno-Vertrages voll bewußt und bleibe seinen Verpflichtungen treu. Selbstverständlich könnten jedoch diejenigen Staaten, die in Genf im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Streitfall Maßnahmen getroffen hätten, deren Ungerechtigkeit das ganze italienische Volk tief empfinde, nicht erwarten, daß Italien Maßnahmen annehme, die mit seiner gegenwärtigen Lage unvereinbar seien. Es müsse verhütet werden, daß aus der gegenwärtigen Krise Europa noch gespaltener und geschwächerter, als es schon sei, hervorgehe. Man müsse alle Ursachen in Betracht ziehen, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hätten.

Dazu gehöre zweifellos die Schwächung der politischen Grundlagen des Locarno-Vertrages infolge der Genfer Beschlüsse und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Streitfall. In den letzten Monaten sei der europäische Friede von den Beschlüssen eines Kolonialstreites abhängig gemacht worden, den man in seinen angemessenen Grenzen hätte halten können und müssen. Die Erfahrung der letzten Monate werde hoffentlich zumindest zu der Erkenntnis führen, daß in Europa ein einheit-

liches Friedens-, Zusammenarbeits- und Vertrauensproblem bestehe.

Anschließend sprach der polnische Außenminister Beck, der hervorhob, daß die deutsch-polnischen Beziehungen von gegenseitiger Achtung durchdrungen seien. Die Worte, die der deutsche Reichszkanzler in letzter Zeit in seinen Reden Polen gewidmet habe, bewiesen den Willen der Reichsregierung, die Verpflichtungen, die sie gegenüber Polen übernommen habe, aufrechtzuerhalten und machten deutlich, in welchem Geiste das Reich sie anwenden wolle.

Die Vertreter Spaniens und Argentiniens sprachen sich gegen eine „einseitige Aufhebung“ vertraglicher Verpflichtungen aus. Der dänische Außenminister Munch sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zwischen den unmittelbar beteiligten Staaten einen Schritt zur Wiederveröhnung bildeten. Der rumänische Außenminister Titulescu erklärte: Die Staaten der Kleinen Entente seien nicht aeaen die Erörterung der deutschen Vorschläge.

Diese müsse aber zu gegebener Zeit stattfinden, d. h. nachdem die von Frankreich und Belgien aufgeworfene Vorfrage geregelt sei. Als letzter Redner sprach der portugiesische Außenminister Vasconcellos, der es dem Rat anheimstellte, die notwendigen Wege zur Sicherung des europäischen Friedens auf fester Grundlage zu finden.

Hierauf wurde die Fortsetzung der Ausprache auf Donnerstagsvormittag 10 Uhr vertagt. Es fiel auf, daß der Vertreter von Ecuador an der heutigen Sitzung nicht teilgenommen hat. Wie man hört, ist seine Abwesenheit darauf zurückzuführen, daß seine Regierung nicht gegen Deutschland sprechen und stimmen will.

Frankreich gegen den englischen Vorschlag

Die französische Abordnung hatte sich vor dem Zusammentritt der Locarno-Mächte mit dem englischen Vorschlag, der die Schaffung einer beiderseitigen neutralen Zone anregt, befaßt. Wie aus französischen Kreisen verlautet, wird der Vorschlag als völlig unannehmbar betrachtet.

Ribbentrop in London

Die deutsche Abordnung für die Ratsitzung

Der Vertreter der deutschen Reichsregierung bei den Beratungen des Völkerbundsrates in London, Botschafter von Ribbentrop, ist in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Dieckhoff und mehrerer Legationsräte nach London abgeflogen und wird bereits heute der Ratsitzung beiwohnen.

Die Londoner Blätter begrüßen allgemein den deutschen Entschluß, eine Abordnung nach London zu entsenden. Sie leiten daraus eine optimistischere Beurteilung der Lage ab, betonen jedoch gleichzeitig, daß die schwierigsten Aufgaben in den Londoner Verhandlungen noch bevorstehen.

„Daily Telegraph“ schreibt, die deutsche Einladung des Völkerbundsrates sollte viel dazu beitragen, den Weg zu einer Verständigung zu ebnen. Die Arbeiten des Rates würden vereinfacht, wenn die deutschen Vertreter anwesend seien. Damit werde der Charakter der Vorgänge im St. James-Palast verändert und die Hoffnung auf eine dauerhafte günstige Entwicklung einer Lage verstärkt, die vorher verzweifelt genug schien. Ribbentrop werde in London einsehen, daß man nicht zögere, die volle Gleichberechtigung Deutschlands anzuerkennen. Dies bedeute einen sofortigen Gewinn.

Es sei ferner eine echte Bereitschaft vorhanden, Deutschlands Befähigung an einer unzerbrechbaren Friedensgarantie zu begrüßen.

Die Nachricht, so schreibt die „Times“, daß Deutschland seine Vertreter zur Ratsitzung sende und der Inhalt der Antwort Edens auf die deutschen Anfragen müßten die Hoffnung auf ein vernünftiges Ende der internationalen Ausprache verstärken. „News Chronicle“ bezeichnet die Nachricht, daß eine deutsche Abordnung nach London komme, als die hoffnungsvollste Botschaft, die eine niedergedrückte und rätselhafte Welt gehört habe. „Daily Mail“ beglückwünscht die britische Regierung, daß sie die Entsendung einer deutschen Abordnung ermöglicht habe. Das Erscheinen deutscher Vertreter werde nur Gutes bewirken.

Wir erfüllen, was die andern versprochen

Das Unterhaus für Versöhnung

Die Londoner Blätter messen auch der Erörterung der europäischen Lage durch den Außenpolitischen Ausschuß des Unterhauses große Bedeutung bei. Rund 200 Abgeordnete beteiligten sich an den Besprechungen über die Frage, welche Haltung Großbritannien einnehmen solle.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet „Daily Telegraph“, daß die Regierung aufgefordert worden sei, ange-

nomms der allgemeinen Volksstimmung energisch die Politik der Versöhnung zu verfolgen. Außerdem solle Großbritannien keine weiteren militärischen Verpflichtungen in Europa annehmen. Mindestens 60 v. H. der anwesenden Abgeordneten hätten sich gegen die Anwendung von drastischen Maßnahmen als Ausweg aus der Krise gewandt.

Auch „News Chronicle“ bestätigt, daß eine große Mehrheit der Abgeordneten dafür eintrete, die Friedensvorschläge Hitlers gründlich zu erwägen. Dies bedeute nicht, daß die Abgeordneten die „Verletzung von Locarno und Versailles“ leichten Herzens betrachteten. Es mache sich jedoch ein wachsendes Gefühl in der konservativen Partei und auf der Seite der Opposition bemerkbar, daß es eine Verzögerung der Ausichten auf eine dauernde europäische Regelung bedeuten würde, wenn man das deutsche Angebot ohne weiteres ablehne. Sir Austen Chamberlain, der Maßnahmen gegen Deutschland gefordert habe, sei in der Minderheit geblieben.

Von Ribbentrop bei Eden

Botschafter von Ribbentrop sprach am Mittwochabend bei dem englischen Außenminister Eden in dessen Amtszimmer im Unterhaus vor.

Zusammentritt des Völkerbundes

Botschafter von Ribbentrop spricht

London. Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates wurde am Donnerstag vorm. kurz nach 10.30 Uhr engl. Zeit eröffnet. Der Ratspräsident erteilte sofort dem deutschen Vertreter Botschafter von Ribbentrop das Wort.

Leitspruch für den 20. März

Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen, wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten.

Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede am 23. 3. 1933.

